

Zeittafel zur Geschichte der Russlanddeutschen

1652	Endgültige Errichtung der „Deutschen Vorstadt“ („Nemezkaia sloboda“) in Moskau.	1871	Aufhebung der staatlichen Sonderverwaltung der Kolonisten. Sie werden nun als „Siedler-Eigentümer“ ein Teil des russischen Bauernstandes. Deutsche Dörfer und Landkreise behalten die innere Selbstverwaltung, unterstehen jedoch seither der allgemeinen Verwaltung auf Gouvernements- und Bezirksebene.
1702	In einem Berufungsmanifest sichert Peter der Große den einwanderungswilligen Militärs und Fachleuten Religionsfreiheit zu.	1874	Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Erste Auswanderungswelle nach Übersee.
1727	In der neuen russischen Hauptstadt St. Petersburg erscheint die erste deutsche Zeitung, die spätere „St. Petersburger Zeitung“ (verboten 1916).	1882-1914	Gründung zahlreicher Tochttersiedlungen in Turkestan, in der kasachischen Steppe, in Sibirien und im Südrural.
22.07.1763	Einladungsmanifest der Zarin Katharina II., vor allem an Handwerker und Ackerbauern. Es beginnt die Zeit der Masseneinwanderung deutscher und anderer Ausländer	1887	Erlass über die Begrenzung des Grundbesitzes für Ausländer in den russischen Westgouvernements.
1764-1773	An der Wolga werden 104 deutsche Siedlungen (Kolonien) angelegt, 45 auf der Bergseite (rechtes Wolgaufer) und 59 auf der Wiesenseite; 66 Kolonien sind lutherisch, 38 katholisch. In Saratow konstituiert sich eine evangelische Gemeinde.	1895	Verbot der Vergabe von Krediten der Bauernbodenbank an deutsche Siedler-Eigentümer.
1765	Gründung der Herrnhuter Kolonie Sarepta (heute Teil von Wolgograd); im Umkreis von St. Petersburg entstehen die "Nördlichen Kolonien", in Neurussland die Belowescher Kolonien bei Kiew.	1897	Zwangsrussifizierung: abrupte Umstellung in deutschen Dorfschulen auf den Unterricht der meisten Fächer in russischer Sprache. Nach 1907 teilweise zurückgenommen.
1789	In Chortitza und Rosental am Dnjepr entstehen die ersten Kolonien deutscher Mennoniten in der Südukraine.	1905	Erste russische Revolution, Unruhen und Aufstände auf dem Lande und in den Städten. 17. Oktober: Zar Nikolaus II. verkündet die Einführung einer gesetzgebenden Reichsduma und die Gewährung bürgerlicher Grundrechte.
1800	Gnadenprivileg Pauls I. für die Mennoniten.	1906	Gründung der „Saratower Deutschen Zeitung“, 1914 verboten und 1917/1918 kurzzeitig wieder erschienen.
1804-1824	Württemberg, Pfälzer, Badener und Elsässer folgen dem Einladungsmanifest Alexanders I. (1804) zur Ansiedlung am Schwarzen Meer (Neurussland, Bessarabien, die Krim).	1914	Nach Ausbruch des I. Weltkrieges werden die 2,5 Millionen Deutsche zahlreichen Restriktionen unterzogen, obwohl ca. 300.000 von ihnen in der russischen Armee Dienst leisten. 18. August: Die Hauptstadt St. Petersburg wird in Petrograd umbenannt.
1817-1818	Einwanderung von Württemberg Separatisten in den Transkaukasus.	1915	„Liquidationsgesetze“. Deutscher Landbesitz soll in einem 150 km tiefen Grenzstreifen zwangsveräußert und russischen Bauern gegeben werden. Die Militärverwaltung ordnet Deportationen der Deutschen aus den frontnahen Gouvernements ins Landesinnere an; vor allem die Baltendeutschen und Wohlynier sind davon betroffen. 26.-29. Mai: Antideutscher Wirtschaftspogrom in Moskau mit mehreren Toten und Verwundeten.
1832	Gesetz über die evangelisch-lutherische Kirche in Russland.	1917	Liquidationsgesetzgebung soll sich praktisch auf das ganze Land erstrecken. 27. Februar: Bürgerliche demokratische Revolution stoppt weitere Zwangsaussiedlungen und -enteignungen. Kongresse der Russlanddeutschen in Moskau, Saratow, Warenburg/Wolga, Slawgorod/Sibirien und Odessa. 25. Oktober: „Oktoberrevolution“, Machtergreifung der Bolschewiki.
1848	Gründung des katholischen Bistums Tiraspol mit Sitz in Saratow.	3.3.1918	Frieden von Brest-Litowsk mit gegenseitiger Repatriierungsklausel für russischstämmige Bürger
1853-1856	Deutsche Siedler unterstützen die russischen Truppenteile im Krimkrieg tatkräftig bei der Versorgung und Krankenpflege.		
1861	In Russland wird die Leibeigenschaft aufgehoben.		
1863	Gründung der „Odessaer Zeitung“. Deutsche Einwanderer aus Schlesien und Polen gehen als Siedler nach Wolhynien.		

Anmerkung: Bis zum 1. Februar 1918 sind alle Daten der russischen Geschichte nach dem Julianischen Kalender (alter Stil - A.S.) angegeben. Ab dem Jahr 1900 betrug der Unterschied zu dem im Westen geltenden Gregorianischen Kalender 13 Tage. Deshalb wurde in der Sowjetunion zum Beispiel der Tag der bolschewistischen Machtergreifung, die so genannte Oktoberrevolution, die am 25. Oktober 1917 (A.S.) stattfand, am 7. November (25. Oktober plus 13 Tage) gefeiert.

3.3. 1918	in Deutschland bzw. deutschstämmige Bürger in Russland.	1936	Haushalten aus der Ukraine werden 69.283 Personen aus den Grenzgebieten nach Kasachstan verbannt; Polen machen dabei mit etwa 75,0% das Gros der Zwangsausgesiedelten aus.
19.10. 1918	Der Rat der Volkskommissare genehmigt per Dekret die Errichtung der Gebietsautonomie (Arbeitskommune) der Wolgadeutschen.	5. Dezember:	Annahme der so genannten Stalinschen Verfassung, die direkte oder indirekte Beschränkungen der Rechte von Personen aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit oder Propagierung von Nationalitätenhass unter Strafe stellt.
1919	Juli-August: bewaffnete Erhebung der deutschen Bauernschaft in Großliebental, Kreis Odessa, gegen bolschewistische Lebensmitteleintreibungen und Mobilisierungen. Oktober-Dezember: Plünderungen, Brandschätzungen, Raub, Verwüstungen, Vergewaltigungen und mehrere hundert Morde gehen auf das Konto der Banden des Anarchisten Machno, insbesondere in den Mennoniten-Siedlungen der Südukraine.	1937- 1938	Die sowjetische politische Strafjustiz verurteilt in diesen zwei Jahren 1.372.382 Personen, von denen 681.692 erschossen werden. Nach bislang veröffentlichten Opferlisten und Schätzungen der russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial“ kostete der „Große Terror“ etwa 55.000 Deutschen das Leben.
1921	Auf Revolution und Bürgerkrieg folgt in Russland eine große Hungersnot, verursacht in erster Linie durch falsche Wirtschaftspolitik mit rücksichtslosen Nahrungsmitleintreibungen, von denen die deutschen Dörfer an der Wolga und im Süden des Landes hart getroffen werden. März-April: Hungeraufstände in mehreren wolgadeutschen Dörfern, die brutal niedergeschlagen werden. März: Unter dem Eindruck der landesweiten Unruhen und Bauernaufstände beschließt die Sowjetführung einen Übergang zur „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP, 1921-1928).	12. Dezember 1937:	Neun Wolgadeutsche in den Obersten Sowjet der UdSSR, das „oberste Organ der Staatsgewalt“, gewählt.
1923	Gründung des Allrussischen Mennonitischen landwirtschaftlichen Vereins (aufgelöst 1928).	1939	Die Anfang des Jahres durchgeführte Volkszählung registriert in der UdSSR 1.427.232 Deutsche oder 0,8% der Gesamtbevölkerung des Landes.
20.2. 1924	Aufwertung des autonomen Gebiets zur Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen (ASSRdWD) mit Pokrowsk, dem späteren Engels, als Hauptstadt.	1939- 1940	Aufgrund der geheimen Absprache der beiden Diktatoren Stalin und Hitler annektiert die Sowjetunion Bessarabien (gehörte zu Rumänien), die Westukraine und Westweißrussland (zu Polen) sowie die unabhängigen baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Die dort ansässige deutsche Minderheit votiert in überwiegender Mehrheit für Deutschland („Vertragsumsiedler“).
1926	Laut Volkszählung leben in der Sowjetunion 1.238.549 Deutsche, davon in der Ukraine 393.924, in der ASSRdWD 379.630, auf der Krim 43.631 usw. In Moskau erscheint die „Deutsche Zentralzeitung“ (DZZ), die bis 1939 existiert.	1941	22. Juni: Angriff von NS-Deutschland auf die Sowjetunion. 28. August: Verabschiedung des Erlasses über die Aussiedlung der Deutschen aus den Wolgaregionen. Damit legalisiert das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR die Deportation seiner deutschen Bürger, die zu dieser Zeit bereits voll im Gange ist. Auflösung und Liquidierung aller kulturellen Institutionen: deutsche Museen, Bibliotheken, Theater, Zeitungen, Verlage u.a. Schließung oder Umprofilierung von Bildungsstätten, Verbot des Unterrichts in deutscher Sprache.
1928	Beginn der Zwangskollektivierung der selbständigen Bauernwirtschaften, verbunden mit der restlosen Enteignung der wohlhabenden Bauern („Kulaken“) und ihrer Verbannung nach Kasachstan und in den Hohen Norden	7. September:	Territorium der ASSR der Wolgadeutschen geht an die Gebiete Saratow und Stalingrad.
1929	Als Protest gegen Enteignungen und religiöse Verfolgungen brechen im November und Dezember an die 14 000 Deutsche mit ihren Familien auf. Sie fordern freie Ausreise aus dem Land. Insgesamt gelingt es 5 671 von ihnen, über Deutschland nach Amerika auszuwandern.	1942	Durch geheime Beschlüsse des Staatlichen Verteidigungskomitees vom 10. Januar, 14. Februar und 7. Oktober werden im Laufe des Krieges ca. 350.000 russlanddeutsche Jugendliche, Frauen und Männer zur Zwangsarbeit mobilisiert.
6.1. 1930	Offizielle Eröffnung der ersten Hochschule mit deutscher Unterrichtsprache, des „Deutschen Pädagogischen Instituts“ in Engels.	1943- 1944	Etwa 340.000 Schwarzmeerdeutsche, die in den nationalsozialistischen Herrschaftsbereich geraten sind, werden beim Rückzug der Wehrmacht in den Warthegau umgesiedelt und erhalten die deutsche Staatsbürgerschaft („Administrativumsiedler“).
1933- 1934	Zweite große Hungersnot an der Wolga, in Kasachstan und in der Ukraine; eine Folge der überstürzten Kollektivierung, die besonders die Landbevölkerung trifft.	1945	8. Januar: Regierungsverordnung über die Rechtsstellung der Deutschen und anderen deportierten
1936	Nach einem Regierungsbeschluss über die Aussiedlung von 15.000 polnischen und deutschen		

- 1945 tierten Völker. Einrichtung von Sonderkommandanturen zur besseren Kontrolle der Sondersiedler.
8. (9.) Mai: Bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches. Zwangsrepatriierung von ca. 210.000 „Administrativumsiedlern“.
- 26.11. 1948 Verschärfung der Bedingungen für Deutsche und andere Sondersiedler durch ein Dekret, das die Verbannung „auf ewig“ festschreibt und für unerlaubtes Verlassen des Aufenthaltsortes 20 Jahre Zwangsarbeit vorsieht und auch verhängt.
- 5.3. 1953 Stalins Tod. Vorsichtige Liberalisierung der sowjetischen Gesellschaft, beginnende Rehabilitierung der Opfer politischer Justiz, schrittweise Verbesserung der Lage der deportierten Völker.
- 5.7. 1954 Regierungsbeschluss „Über die Aufhebung einiger Einschränkungen in der Rechtsstellung der Sondersiedler“.
- 1955 **22. Februar:** Bundesrepublik Deutschland erkennt Einbürgerungen aus der Kriegszeit an.
9.-13. September: Besuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer in Moskau. Aufnahme diplomatischer Beziehungen.
13. Dezember: Erlass über die Aufhebung der Einschränkungen in der Rechtsstellung der deutschen Sondersiedler und ihre Befreiung von der Kommandanturaufsicht.
- 1957 Die Wiederherstellung der autonomen Gebiete und Republiken der Tschetschenen, Kalmücken, Balkaren, Karatschaen und Inguschen führt zur offiziellen Beseitigung des Verratsvorwurfes, bringt eine begrenzte materielle Entschädigung mit sich und bewirkt ein gewisses sprachlichkulturelles und soziales Fortkommen dieser Völker. Dagegen verweigert man den Deutschen (und den Krimtataren) jegliche substantielle Wiedergutmachung.
 In Moskau erscheint die überregionale deutschsprachige Zeitung „Neues Leben“.
- 6.4. 1958 Deutsch-sowjetische Übereinkunft über die Zusammenarbeit des Roten Kreuzes eröffnet Perspektiven für die Familienzusammenführung.
- 29.8. 1964 Aufgrund zahlreicher Protestbriefe und Eingaben erscheint ein Dekret über die Teilrehabilitierung der Russlanddeutschen.
- 1965 Zwei Abordnungen von Russlanddeutschen reisen nach Moskau und versuchen vergeblich, eine Wiederherstellung der deutschen Autonomie an der Wolga zu erreichen. Enttäuschung und verstärkter Wunsch, in die Bundesrepublik Deutschland auszuwandern, um dort Glaubens- und Gewissensfreiheit, rechtliche Gleichheit und die erhoffte sprachlich-kulturelle Umgebung zu finden.
- 1970 In der Sowjetunion leben laut Volkszählung 1.846.317 Deutsche. 66,8 % von ihnen geben Deutsch als Muttersprache an; nur 342 Russlanddeutsche dürfen ausreisen.
12. August: Moskauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.
- 1971-1982 Über 70.000 Russlanddeutsche profitieren von der Ost-West-Entspannung. Sie dürfen nach Deutschland ausreisen.
- 3.11. 1972 Russlanddeutschen, Griechen, Bulgaren und Armeniern wird per Ukas zugesagt, dass sie wieder frei ihren Wohnsitz wählen können.
- 30.9. 1973 In Karaganda, Kasachstan, demonstrieren etwa 400 ausreisewillige Deutsche, die mit Gewalt auseinander getrieben werden.
- 1979 Scheinversuch der Einrichtung eines deutschen autonomen Gebiets im Norden Kasachstans.
- 26.12. 1980 In Temirtau, Kasachstan, wird ein deutschsprachiges Theater eröffnet, das 1990 nach Alma-Ata umzieht und heute nur noch ein bescheidenes Dasein fristet, zumal die meisten Schauspieler nach Deutschland ausgereist sind.
- 28.12. 1984 Das Politbüro des ZK der KPdSU beschließt Maßnahmen gegen die „propagandistische Kampagne im Westen rund um die Lage der sowjetischen Bürger deutscher Nationalität in der Sowjetunion“.
- 1986 Im Dezember finden schwere ethnische Unruhen in der kasachischen Metropole Alma-Ata statt, die zum ersten Mal öffentlich zur Sprache kommen. Sie dienen als Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit zahlreichen ungelösten Nationalitätenproblemen des Landes, darunter auch der Frage der deutschen Minderheit.
- 1.1. 1987 Nach dem Inkrafttreten des neuen sowjetischen Gesetzes über die Ausreise und Einreise steigen die Aussiedlerzahlen und erreichen in den folgenden Jahren ungeahnte Ausmaße.
- 1989-1991 Massive Proteste an der Wolga gegen die Rückkehr der Deutschen und die Wiederherstellung der autonomen Republik.
- 1989 In der UdSSR gibt es laut Volkszählung 2.036.000 Deutsche; nur 48,7% von ihnen geben Deutsch als Muttersprache an.
 Im **März** wird in Moskau die Gesellschaft „Wiedergeburt“ gegründet, die sich als erstes Ziel die Wiedererrichtung der deutschen Autonomie setzt.
14. November: Erklärung des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Bewertung der Repressionsakte gegen Völker, die gewaltsam umgesiedelt wurden, als ungesetzlich und verbrecherisch und über die Gewähr der Rechte dieser Völker“.
- 9.11. 1990 Ein Vertrag zwischen Deutschland und der UdSSR ermöglicht u.a. deutschen Sowjetbürgern die Pflege ihrer nationalen, sprachlichen und kulturellen Identität. Wird von Russland als Rechtsnachfolgerin der UdSSR übernommen.
- 1991 **24. April:** Russland erklärt mit dem Gesetz „Über die Rehabilitierung der repressierten Völker“ die seinerzeitigen Repressionen gegen Russlanddeutsche und andere Völker für gesetzwidrig und verbrecherisch.
1. Juli: In der Region Altai, Sibirien, wird der 1938 aufgelöste deutsche Landkreis Halbstadt wieder hergestellt.

- 1992** **8. Januar:** In einer Rede im Gebiet Saratow erteilt der amtierende Präsident der Russischen Föderation, Boris Jelzin, den Autonomieplänen eine unmissverständliche Absage.
17. Februar: Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Russischen Föderation über die Gründung des deutschen Landkreises Azowo im Gebiet Omsk, Sibirien.
21. Februar: Ukas „Über sofortige Maßnahmen zur Rehabilitation der Russlanddeutschen“, in dem ein deutscher nationaler Rayon im Gebiet Saratow und ein deutscher Landkreis im Gebiet Wolgograd vorgesehen sind. Diese Entscheidungen bleiben auf dem Papier.
- 1993** Nach dem Zerfall der UdSSR und dem Rücktritt Gorbatschows am 25. Dezember 1991 haben sich die Aktivitäten der ehemaligen Sowjetdeutschen in ihre Aufenthaltsorte in der GUS und in Deutschland verlagert. Die Ausreisepflicht erreichen ungeahnte Ausmaße von 200.000 und mehr pro Jahr und können auch durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz vom 1. Januar 1993 nicht gesenkt werden, da bereits zu viele ausreisewillige Bürger der GUS auf gepackten Koffern sitzen.
- 1994** Der Präsident der Ukraine, Leonid Krawtschuk, lässt die Nachricht verbreiten, 400.000 Deutsche in ihren früheren Wohngebieten im Süden der Ukraine aufzunehmen, doch bereits am 14. April erklärt das deutschsprachige „Neue Leben“ in Moskau das Projekt Krawtschuks für gescheitert.
- 1995** In Kiew wird die anlässlich der 200-Jahr-Feier von Odessa 1994 konzipierte Wanderausstellung „Geschichte und Wirken der Deutschen in Odessa und im Schwarzmeergebiet“ präsentiert. In Moskau treten Wissenschaftler aus der GUS und Deutschland zusammen, um eine vierbändige Enzyklopädie „Die Deutschen Russlands“ zu erstellen.
- 1996** Die Bundesregierung versucht durch die Einführung von Sprachtests und anderen restriktiven Maßnahmen die hohen Einwanderungszahlen (1995: 172 . 181) zu drosseln. In den folgenden zehn Jahren gehen die Zahlen kontinuierlich bis auf unter 10.000 im Jahr 2006 zurück.
- 1997** **Mai:** Bundeskanzler Helmut Kohl bekräftigt bei einem Besuch in Almaty (Kasachstan) die Positionen der Bundesregierung, indem er die Deutschen zum Verbleib in Kasachstan ermutigt, gleichzeitig aber die Rechtsposition bestätigt, dass Deutsche auch weiterhin nach Deutschland ausreisen dürfen.
2. September: Bundespräsident Roman Herzog eröffnet in Moskau ein Haus der Russlanddeutschen als Zentrum der Begegnung von Deutschen und Russen. Mit deutscher Hilfe entstehen ähnliche Begegnungsstätten auch im Raum St. Petersburg, in Kasachstan und im Altaigebiet.
- 1998** **23. August:** Einweihung eines neuen Gotteshauses der Baptisten in Kaliningrad.
29. Oktober: Die evangelischen Christen in Kiew erhalten ihre 1938 enteignete Katharinenkirche zurück.
- 1998** In der Nähe von St. Petersburg werden die ersten Wohnhäuser für deutsche Umsiedler fertig. Deutschsprachige Veranstaltungen erhalten überraschend starken Zulauf.
- 1999** Der Nachfolger von Dr. Horst Waffenschmidt (CDU) als Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung, Jochen Welt (SPD), verspricht keine Kehrtwende, aber neue Akzente in der Aussiedlerpolitik in Richtung kleinerer, aber gezielterer Projekte.
 In Russland gibt es vier Apostolische Administraturen (die 2002 zu Diözesen erhoben werden), ca. 200 registrierte Pfarreien, davon 40 ohne eigene Kirche. Die Priester kommen größtenteils aus dem Ausland.
- 2000** Wladimir Putin löst Boris Jelzin als Präsident der Russischen Föderation ab. Die Welt erwartet von ihm mehr Demokratie. Die Russlanddeutschen warten ebenfalls ab und richten ihre Blicke weiterhin in Richtung Deutschland.
 In Irkutsk wird im September 2000 die „Kapelle des Friedens und der Versöhnung“ eingeweiht, eine Gedenkstätte mit 14 Tafeln, auf denen die Namen der schlimmsten Straflager der UdSSR eingemeißelt sind.
- 2001** Papst Johannes Paul II. wendet sich bei einem Besuch Kasachstans an die Deutschen und sagt: „Durch eure Leistungen ist es euch gelungen, die Lebensleistungen in diesem weiten Land zu verbessern.“
- 2002** In Moskau findet im Mai ein dreitägiges deutsch-russisches Jugendforum unter der Schirmherrschaft der Ehefrauen von Wladimir Putin und Gerhard Schröder statt.
- 2003** Aus Nischni Tagil und Krasnoturinsk im mittleren Ural sowie zahlreichen anderen Städten Russlands werden Initiativen zum Gedenken an den Jahrestag des Ukases vom 28. August 1941 über die Verbannung der Russlanddeutschen gemeldet und Gedenktafeln enthüllt.
- 2004** **28. August:** Einweihung einer russlanddeutschen Gedenkstätte in Archangelsk.
 Zunehmende Aktivität vermeldet die russische Menschenrechtsorganisation „Memorial“, die sehr umfangreiche Gedenkbücher mit Tausenden von Namen und Daten aus den sowjetischen Kriegs- und Terrorjahren veröffentlicht. Am **5. Dezember** erhält die Gesellschaft den „Alternativen Nobelpreis“.
- 2005** **1. Januar:** Das Zuwanderungsgesetz tritt in Kraft.
Dezember: Im Altai wird nach 48 Jahren mit der „Zeitung für Dich“ die dienstälteste deutschsprachige Zeitung in Russland geschlossen.
- 2006** Im Juni spricht Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich ihres Russlandbesuches in Tomsk mit Russlanddeutschen. „Es war ein sehr offenes und sehr intensives Gespräch, oft mit unterschiedlichen Meinungen“, beschreibt die Bundeskanzlerin selbst ihre Eindrücke von der Reise nach Sibirien.